



Vierte Benediktbeurer Gespräche

Taten und Trugbilder

Keine bösen Buben mehr, die Wirtschaftsunternehmen. In puncto Umweltschutz hätten sie sich längst selbst an die Spitze der Entwicklungen gestellt, findet Stefan Marcinowski von der BASF. Da müssten doch langsam die Zeiten vorbei sein, in denen die Politik mit immer neuen Verordnungen und Strafaktionen die Wirtschaft geißelt?

Guter Diskussionsstoff für die vierten Benediktbeurer Gespräche der Allianz Umweltstiftung. Klar ist, dass der Umweltschutz inzwischen in fast alle Lebensbereiche Einzug gehalten hat – klar ist aber auch, dass allmählich neue Konzepte her müssen, um auch künftig die immer knapper werdenden Ressourcen zu erhalten. Wie soll es also aussehen, das »Profil einer Umweltpolitik für eine lebenswerte und wettbewerbsfähige Zukunft«?

Christa Stewens vom Bayerischen Umweltministerium, Stefan Marcinowski, Forschungschef bei BASF, Gerd Billen vom Naturschutzbund Deutschland (NABU) und Professor Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes, diskutierten zu diesem Thema der vierten Benediktbeurer Gespräche ihre unterschiedlichen Positionen.

»Die Wirtschaft klagt immer lauter, dass ihre Problemlösungskompetenz von der Politik nicht anerkannt wird«, hielt Lutz Spandau, Geschäftsführer der Allianz Umweltstiftung, in seinem Eingangsstatement fest. »Sie fordert, nach der Epoche der Kostenrechner und Bedenkenträger ein Jahrzehnt der Techniker, Chemiker und Ingenieure einzuläuten.« Also her mit dem Prinzip des Vertrauens und der Freiwilligkeit?

Bayern zumindest meint, über diesen Weg bessere Ergebnisse zu erzielen. 1995 hat die Regierung des Freistaats den »Umweltpakt Bayern« ins Leben gerufen. Inzwischen sind 1000 Unternehmen dabei und haben sich zu freiwilligen Umweltschutzmaßnahmen und Ökoaudits verpflichtet. »Wir haben auf der Ebene von Freiwilligkeit mehr erreicht für den vorsorgenden Umweltschutz, als wenn wir strenger reguliert hätten«, meinte Christa Stewens.

Das Expertenwissen der Wirtschaft sei für den Umweltschutz äußerst wichtig, erklärte Stefan Marcinowski von BASF. Ohne das moderne Know-how der chemischen Industrie werde die Landwirtschaft nicht in der Lage sein, die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren.

Auch in diesem Jahr bot sich bei den Benediktbeurer Gesprächen wieder viel Diskussionsstoff

Ohne sie seien auch Maßnahmen zur Energieersparnis, wie zum Beispiel zur Wärmedämmung, nicht vorstellbar. Auch die Naturschutzverbände zweifeln nicht an, dass es einen Wandel gegeben hat – und darum neue Strategien für den Umweltschutz der Zukunft gefunden werden sollten: »Der Naturschutzbund ist der Auffassung, dass Unternehmen, Kommunen oder andere Institutionen mehr Spielräume bei der Lösung von Umweltproblemen erhalten sollten«, hielt Gerd Billen fest. Allerdings sehe sein Verband keine Alternative zu von der Politik gesetzten umweltpolitischen Rahmenbedingungen. Also: mehr Kooperation und Freiwilligkeit – aber innerhalb klar gesteckter Grenzen.

Denn schließlich, so Andreas Troge vom Umweltbundesamt, hätten die positiven Taten der Vergangenheit bereits zu einer Reihe von Trugbildern geführt. Umweltverschmutzung heute würde man oftmals nicht mehr riechen und schmecken, die Folgen zeigten sich zum Teil erst nach einer langen Vorlaufzeit. Und bei aller Kooperation von Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Kräften dürfe der Blick für die naturgegebenen Prioritäten nicht verloren gehen.

»Es ist falsch, daraus die Forderung abzuleiten, Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik müssten in einem ausgeglichenen Verhältnis stehen«, sagte Troge. Das gern gewählte Bild der drei gleich langen Säulen sei falsch – eher bewege sich die Gesellschaft wie ein Schiff in einer Fahrinne, streng begrenzt durch die Bojen des Umweltschutzes. »Die Grenzen des Umweltverbrauchs sind naturgegeben und damit letztlich unverrückbar.«

Klar ist für das zukünftige Umweltprofil vor allem eins: »Es gibt keine linearen Handlungsanweisungen«, meint Lutz Spandau. Wie es am besten vorangeht, müsse fortlaufend neu diskutiert werden. »Und dabei wird sich dann erweisen, wer eher am Steuer sitzt: die Wirtschaft oder die Umweltpolitik.«

(Claudia Reichmuth, München)